

Der Durchblick

DER SÜDEN BLICKT DURCH

UNSER ABGEORDNETER HAT EINFLUSS UND ERFOLG.



JAHRGANG 2005, 3. QUARTAL

SPD TRIER-SÜD

Auch in dieser Wahlperiode konnte Karl Diller für die Region und seinen Wahlkreis Trier viel erreichen:

Bildung: In 2005 fördert die Bundesregierung die Schaffung von Ganztagschulen in Trier mit über vier Millionen Euro, so z.B. den Neubau von Sporthallen am AVG und am Mäushecker Weg, den Neubau der Grundschule St. Paulin sowie den Umbau der Grundschulen Biewer und Zewen.

Ausbildung: Die Bundesregierung förderte den Bau des Kompetenzzentrums für Sanieren und Renovieren der Handwerkskammer auf dem Castelforte-Gelände mit 2,6 Millionen Euro.

Kultur: Die Bundesregierung wird die Trierer Konstantin-Ausstellung als eine international bedeutende Ausstellung mit 1,5 Millionen Euro fördern.

Städtisches Leben: Unser neues Bundesprogramm „Die soziale Stadt“ wirkt sich für Trier positiv aus. In 2004 flossen vom Bund 350.000 Euro für die Sanierung im Stadtteil Ehrang (Bundesmittel damit bisher über eine Million Euro) und 530.000 Euro für den Stadtteil Trier-Nord (Bundesanteil damit

bisher fast 2,4 Millionen Euro).

Konversion: Den Verkauf der französischen Militärgelände und Wohnungen begleitete Karl Diller als Staatssekretär. Die zivile Nutzung ist dank einer außerordentlichen Landesförderung zu einer Erfolgsgeschichte für Trier geworden, wie Castelforte und Petrisberg beweisen.

Bundесdienststellen: Die Reform der Finanzverwaltung konnte er als Staatssekretär zu Gunsten Triers entscheiden. Das Hauptzollamtsgebäude am Johanniterufer wird wieder vom Zoll genutzt. Trier wurde damit einer von bundesweit 113 Standorten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Die Zahl der Stellen wird von 29 auf 63 aufgestockt.

Die Bundeskasse in der Dasbachstraße bewegt jährlich Milliarden Euro. Als die Zahl der Bundeskassen drastisch gekürzt, alle Bundeswehrcassen aufgelöst, die Bundeskasse Trier nach Bonn verlegt werden sollte, hat Karl Diller im Bundesfinanzministerium den Erhalt des Standorts Trier durchgesetzt. In Trier ist künftig eine von nur noch vier bundesweit betriebenen Bundeskassen. Die Zahl der Trierer Stellen stieg auf 250.

Außerdem erreichte er den Erhalt des Wasser- und Schifffahrtsamts Trier. Durch den Bau von zweiten Schleusenkammern bekommt es neue Aufgaben.

Gemeindefinanzen: Unsere Gemeindefinanzreform verbessert die Finanzen der Gemeinden erheblich: So hatten die Gemeinden in Rheinland-Pfalz dank unserer Gewerbesteuerreform und gesteigener Gewinne in 2004 netto ein Plus von 44 % an Gewerbesteuern in ihren Kassen.

Verkehrsinfrastruktur: Erhebliche Erfolge konnte Karl Diller bei der Erstellung des „Bundesverkehrswegeplans 2004 bis 2015“ für die Region Trier erzielen. Herausgekommen ist das größte Bauprogramm, das es jemals für die Region Trier gegeben hat. Es wird nach der Baureife der einzelnen Abschnitte in den nächsten Jahren umgesetzt. Wir erschließen damit hervorragende Verbindungen nach NRW und in den Raum Frankfurt.

Für den Weiterbau der A 1 von Rengen nach Kelberg wurden kurzfristig 50 Millionen Euro bereitgestellt. Der Lückenschluss der B 50neu zwischen Wittlich und der Hunsrückhöhenstraße beginnt, sobald das Baurecht vor-



Karl Diller

Wahlkreisabgeordneter
Finanzstaatssekretär

KONTAKT:

BÜRGERBÜRO
KARL DILLER MDB

SAARSTR. 15
54290 TRIER

0651- 9759940

KARL.DILLER
@BUNDESTAG.DE

liegt. Mit dem Bau der zweiten Schleusenkammern wird in Zeltingen und Fankel begonnen. Für den Ausbau der Bahnstrecke Konz-Karthus bis Igel muss erst noch eine Planung erstellt werden. Für den von Karl Diller erreichten Bau der Ortsumgehung Biewer investiert der Bund über 28 Millionen Euro.



Raimund Scholzen,
SPD Vorstandsmitglied,
60 plus

KONTAKT:

RAIMUND
SCHOLZEN

54295 TRIER

0651- 48833

Termine

Aug./Sept./Okt. 2005

**15. September 17 Uhr
Bundeskanzler
Gerhard Schröder
an der Porta Nigra**

**17. September 11 Uhr
Marktfrühstück auf
dem Kornmarkt mit
Ministerpräsident
Kurt Beck**

WAS KANN EINEN MENSCHEN ZUR WAHL DER CDU MOTIVIEREN?

Seit dem Abend des 21. Juli ist es amtlich: Infolge des Misstrauensvotums vom 1. Juli löst der Bundespräsident den Bundestag vorzeitig auf, und am 18. September wählen wir einen neuen Bundestag. Die Zeit bis dahin ist Wahlkampf, und für diesen gehen die Parteien jetzt endgültig in Stellung. Die reguläre Wahlperiode hätte noch bis zum September des nächsten Jahres gedauert, und man kann sich fragen, warum hat Bundeskanzler Schröder statt dessen vorzeitige Neuwahlen vorgezogen. Hierzu ist ein Blick zurück recht hilfreich.

Als der im Jahre 1982 durch das sog. „Konstruktive Misstrauensvotum“ an die Macht gelangte Bundeskanzler Kohl seine „geistig-moralische Wende“ einleitete, manifestierte sich die neue Ideologie durch den Grundsatz: „Gewinne sind zu privatisieren, Verluste sind zu sozialisieren.“ Infolge dessen war deren erstes greifbares Ergebnis das schnelle Auseinanderdriften der Einkommen aus selbständiger und aus abhängiger Arbeit. Ganz in diesem Sinne der Verteilung von unten nach oben erfolgte u.A. die Aufhebung der Vermögenssteuer, und es war Kohls Griff in die Kassen der sozialen Sicherungssysteme, mit denen er die Wiedervereinigung finanziert hat. Durch die Wiedervereinigung wuchs die Einwohnerzahl Deutschlands nur um ca. 27 %, demgegenüber nahm im Verlauf der Ära Kohl die Zahl der Arbeitslosen aber auf 250 % ihres Ausgangswertes, nämlich von 1,6 auf 4 Millionen Arbeitslose, zu. So ist es kein Wunder, daß Kohl das Problem der leeren öffentlichen Kassen, die das Ergebnis seiner Regierungszeit waren, gerne einer Regierung hinterließ, die nicht von seiner Partei getragen wurde. Es ist allerdings nicht so, daß die CDU nichts vom Geld verstünde, denn in der Ära Kohl fanden für den Kenner und Liebhaber von Kriminalgeschichten die bisher spektakulärsten Schmiergeldskandale statt: So u.A. der Flick-, der Parteipenden-, der Minol-Elf-, der Fuchs-Panzer-

Skandal und das geheime hessische Parteikonto in der Schweiz. Die Trierer CDU leistete mit der Doerfert-Affäre einen kleinen lokalen Beitrag.

Seit dem September 1998, als die rot-grüne Regierungskoalition den Scherbenhaufen der 16 Jahre langen schwarz-gelben Regierung übernahm, hat die CDU mit allen Mitteln daran gearbeitet, dieser Koalition nicht nur im Bundestag, sondern vor allem über die zustimmungspflichtigen Gesetze des Bundesrats das Regieren schwer zu machen. Das fing 1999 an mit ihrer bundesweiten Befragung zur doppelten Staatsbürgerschaft, die mit ihrer dümmlichen deutschvölkisch-tümelnden Fragestellung für eine derart rückschrittliche Stimmung bei der hessischen Landtagswahl gesorgt hat, daß das vormals rote Hessen schwarz wurde. Die Notwendigkeit, die strukturellen Versäumnisse, vor allem die hohe Arbeitslosenquote, aus der Ära Kohl wettzumachen, stellte sich aber nach wie vor. Es zeigte sich schnell, daß dies ohne das Mitspielen der Wirtschaft nicht möglich war. Diese signalisierte Kooperationsbereitschaft, wenn ihre Bedingungen erfüllt würden. Als aber auch nach dem größtmöglichen Entgegenkommen keine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt erfolgte, mussten die enttäuschten Wählerinnen und Wähler den Eindruck gewinnen, die Politik der rot-grünen Regierung sei völlig falsch. Natürlich hauten die CDU und ihr nahestehende Medien kräftig in die selbe Kerbe mit der Folge, daß die zwischenzeitlich stattfindenden Landtagswahlen bei immer geringerer Wahlbeteiligung einen immer höheren Stimmenanteil für die CDU erbrachten. So gingen nacheinander sechs weitere Bundesländer, zuletzt Nordrhein-Westfalen, an die CDU verloren. Damit hätte die CDU im Bundesrat für alle zustimmungspflichtigen Gesetze die vollständige Blockademehrheit bis zum regulären Wahltermin im September 2006 gehabt.

Erste natürlich zusammen mit ihrem damaligen Koalitionspartner, der FDP, wieder dort weiter machen, wo sie 1998 aufhören musste, das Ganze aber ideologisch unter dem Motto „Strukturreform“ noch einen Zahn schärfer, d.h. bei Absenkung des Spitzensteuersatzes mit noch stärkerer Belastung der unteren Einkommen. Hierzu zählen u.A. die generelle Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 % auf 18 %,

- ⇒ die Kopfpauschale im Gesundheitswesen,
- ⇒ der Fortfall der Steuerermäßigung für Nacht- und Sonntagsarbeit,
- ⇒ der Fortfall der Eigenheimzulage,
- ⇒ der Fortfall der Entfernungspauschale für Bahn-, Bus- Fahrrad- und Fußpendler,
- ⇒ die Reduzierung der Entfernungspauschale für PKW-Pendler.

Nicht antasten will die CDU z.B. die Steuervergünstigungen für Abschreibungsobjekte. Sodann will sie die Atomkraft neu beleben und die Landwirtschaft mit Chemie und genmanipulierten Produkten fördern. Weiterhin ist sie der Meinung, daß längere Arbeitszeiten und der Eintritt ins Rentenalter bei künftig 67 Jahren neue Arbeitsplätze schaffen. Am kuriosesten ist die Lockerung des Kündigungsschutzes zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, wo es doch jetzt schon locker möglich ist, Mitarbeitern zu kündigen; wo kämen sonst die 5 Millionen Arbeitslosen her? Zudem will sie Deutschland außenpolitisch enger an den Wahlbetrüger, Kriegstreiber, Korruptionsprotektor, Folter- und Todesstrafenfreund George W. Bush anlehnen.

Wie kann da jemand motiviert sein, die CDU zu wählen?

Was will die CDU jetzt? Fürs

EINLADUNG ZUM SPD SOMMERFEST AM 3. SEPTEMBER 2005

Liebe Bürgerinnen und Bürger aus Trier-Süd,

der Sommer ist da, und zwei Dinge liegen mir besonders am Herzen.

Da ist zum einen das Thema Südbad. Die SPD Trier setzt sich schon seit vielen Jahren dafür ein, dass das Südbad endlich saniert wird und für Jung und Alt, insbesondere Familien, aber auch für auswärtige Gäste als Ort der Entspannung und des Freizeitvergnügens erhalten bleibt. Wie sehr die Trierer Bürgerinnen und Bürger an ihrem Bad hängen, hat die Unterschriftenaktion der Bürgerinitiative „Rettet das Südbad“ in diesem Sommer gezeigt. Die Zahl von 22.000 Unterschriften für den Erhalt des Schwimmbades spiegelt eindrucksvoll die Meinung der Bevölkerung wider!

Wir nehmen das Votum der Trierer Bürgerinnen und Bürger ernst und werden uns dafür einsetzen, dass das Südbad saniert wird. Dazu gehört vor allem eine seriöse und sichere Finanzierung, die ausschließt, dass wichtige andere Projekte, wie zum Beispiel Schulsanierungen, zurückstehen müssen. Das Südbad muss erhalten bleiben!

Auch in diesem Jahr veranstaltet die Trierer SPD wieder ein Sommerfest, zu dem ich Sie als Vorsitzende ganz herzlich einlade. Wir würden uns sehr freuen, Sie am Samstag, **03. September, ab 11 Uhr, im Pavillon in Zewen**, begrüßen zu dürfen. Das alljährlich stattfindende Fest ist schon zur Tradition geworden und bietet seinen Gästen Musik, leckere Speisen und Getränke

sowie jede Menge Spaß und Spiel für die kleinen Besucherinnen und Besucher. In diesem Jahr gibt es von 11 bis 14 Uhr auch einen Kinderflohmarkt. Für die älteren Gäste bieten wir einen besonderen Seniorennachmittag an. Reichlich Abwechslung also für Jung und Alt!

Ich würde mich freuen, Sie bei hoffentlich strahlendem Sonnenschein beim Sommerfest begrüßen zu dürfen!

Ich wünsche Ihnen noch viele schöne Sommertage und - für den Fall, dass Sie Ferien machen – eine erholsame Zeit.

Herzliche Grüße

Ihre Malu Dreyer

Parteivorsitzende der Trierer SPD



Malu Dreyer,
Vorsitzende SPD Trier

Beginn 11 Uhr

11 bis 14 Uhr Kinderflohmarkt

ab 14 Uhr 30 Kaffee und Kuchen

ab 17 Uhr Feier in den Abend bei

Musik und Speisen

RÜCKSICHTSLOSE RADFAHRER?

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Trier-Süd,

in Trier gehört es vielfach zum guten Ton die Gemeingefährlichkeit von Menschen zu verkünden, die es in dieser Stadt wagen, sich umweltfreundlich und gesundheitsbewußt fortzubewegen. Regelmäßig muss man in der Rathaus-Zeitung oder im Trierischen Volksfreund lesen, dass es teurere und schärfere Strafen für die - ach so bösen - Radfahrer geben sollte. Sofort das Fahrrad wegnehmen und verschrotten, so tönt sinngemäß Herr Maximini (UBM).

Man fragt sich: haben die Leute, die so wettern und politisch hetzen gegen Fahrradfahrer eigentlich im Leben *noch nie* versucht, die Stadt Trier auf einem Fahrrad heil zu durchqueren und dabei noch Besorgungen zu erledigen? Hätten sie

das, dann wüßten sie doch: wie wenig Fahrradwege es in der Stadt überhaupt gibt, um etwa Geschäfte in der Innenstadt relativ schnell zu erreichen; wie die vorhandenen Wege oft unverbunden sind, im Nichts enden oder auf einer viel befahrenen Straße plötzlich auslaufen (Hindenburgstraße!).

Nur selten werden die Bedürfnisse und Sichtweise von Fahrradfahrern in der Stadtpolitik berücksichtigt. Der bereits 1992 gefasste Grundsatzbeschluss zur Reduzierung des Individualverkehrs in der Stadt Trier und zum Ausbau des ÖPNV verstaubte zunächst in den Akten-schränken der Verwaltung, bevor er – zu unser aller Schaden - langsam aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwand. Die Verkehrsbelastung (Lärm, Dreck, Smog, Staus, Parkraum-mangel) sind seither im-

mer nur gestiegen. Wer für ein umweltbewußtes und langfristig gedachtes Verkehrsgesamtkonzept in der Stadt Trier eintritt, und von der Verwaltung fordert, die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen, der wird mit kurzatmigen Finanzargumenten zum Schweigen gebracht oder einfach totgeschwiegen. Der Skandal: Dank UBM, CDU und sonstigen Fahrradgegnern wird es hier in Trier noch immer als ein „Kavalierdelikt“ betrachtet mit 70 km/h bei „Tiefdunkelgelb“ über eine Kreuzung sausen - während ein Fahrradfahrer am Rande der Fußgängerzone selbstverständlich sofort zu einer saftigen Ordnungsstrafe verdonnert wird. Ich find's gruselig und politisch komplett irrsinnig im Jahre 2005 auf verkehrspolitische Vorstellungen aus der Mottenkiste zu bauen: möglichst



Inga Brandes,
Mitglied des
Ortsbeirates in
Trier-Süd

hohe Strafen für Fahrradfahrer anstatt zukunftsweisender Ideen für die Gestaltung eines Radwegenetzes in Verbindung mit ausreichenden Parkflächen, Bus- und Bahnverbindungen sowie besserem Verkehrsfluß –das kann's nicht sein! Die SPD hier in Süd hat gemeinsam mit den B'90/die Grünen im Ortsbeirat Trier-Süd einige Verbesserungen in unserem Stadtteil durchsetzen können, aber es gibt noch genug zu tun: die Saarstraße sollte so genannte „Bedarfsfahrradwege“ bekommen, damit mehr Bürgerinnen und Bürger jeder Altersstufe es wagen können,

auf das Fahrrad umzusteigen. Der Radweg am Pacelliufer darf nicht aufgelöst werden, nur weil er im wesentlichen als Parkstreifen dient. In 30-Zonen wie etwa Nonnenfeld sollte Tempo 30 km/h gelten, auf die Kreuzung Steinrausch-Töpferstraße-Gallstraße gehören „Haltebalken“, um Unfälle zu vermeiden, am Südbahnhof etwa sollte es zusätzliche im Boden verankerte Fahrradständer geben, der Fahrradübergang von der Eberhardstraße auf die Kaiserstraße, Richtung Stadt muss kindersicher werden, die Umgestaltung des Leoplatzes endlich auf die politische Agenda kom-

men (siehe Durchblick 2005/2). Kurz: wir von der SPD-Trier-Süd werden uns weiterhin im Ortsbeirat, zu dessen Sitzungen Sie wie immer herzlich eingeladen sind, für Fußgänger- und Radfahrerrechte einsetzen!

Herzliche Grüße

Ihre Inga Brandes

(seit 1999 für die SPD im Ortsbeirat Trier-Süd)

„ UNS SAUBER TRIER-SÜD “

Liebe Trier-Süder Bürgerinnen und Bürger,

fast wöchentlich müssen wir feststellen, dass lange bevor der Termin für die Beseitigung des Sperrmülls ansteht, überflüssige Möbel etc. und auch **Unrat** auf die Straße gestellt werden.

Wie auf dem Bild zu sehen, ist ein Durchkommen für Fußgänger meist unmöglich.

So genannte Sammler sorgen dann in den nächsten Tagen für das restliche Chaos auf der Straße.

Es sollte jedoch bekannt sein, dass der Sperrmüll erst am Tage der Abholung, **frühestens** am Abend zuvor, auf die Straße gestellt werden darf und dann aber ordentlich, damit niemand gefährdet oder behindert wird.

Leider wissen- bzw. wollen viele nicht wissen, dass nicht jeder Sperrmüll (Unrat) vom Zweckverband **Abfallwirtschaft entsorgt wird**. Somit sehen unsere Straßen in Trier-Süd Tage, manchmal sogar Wochen, wie eine Müllhalde aus.



Ich möchte Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, in Trier-Süd darum bitten, selbst auf die Sauberkeit unseres schönen Stadtteils zu achten.

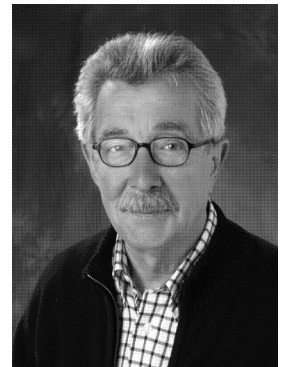
Sollten Sperrmüll oder Reste, die nicht entsorgt wurden, zurück bleiben, wenden Sie sich bitte an die :

Untere Wasser- und Abfallbehörde, Telefon 718-1601.

Ich wünsche uns ein „Sauber Trier-Süd „

Werner Schulz

Ihr Ortsvorsteher



Werner Schulz

Ortsvorsteher Trier-Süd

KONTAKT:

WERNER SCHULZ

HOHENZOLLERNSTR. 11

54290 TRIER

0651- 39753

0170-4710657

WERNER.SCHULZ.TRIER@
T-ONLINE.DE

Impressum:

„Der Durchblick“ erscheint in unregelmäßiger Reihenfolge als kostenlose Stadtteilzeitung für alle Haushalte in Trier-Süd.

Nr. 3 / 2005 ; Auflage: 4000 Stück ; Herausgeber: SPD Trier Süd

Redaktion: Jutta Föhr, Werner Schulz, Sven Teuber

Fotos: Foto Veit, Heiligkreuzerstr. 3

Druck: Koster Druck, Trier-Feyen

